

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 50	S0268/13	18.12.2013
zum/zur		
F0163/13 – Helga Boeck, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei		
Bezeichnung		
Unterbringung Flüchtlinge		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		14.01.2014

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt verstärkt, im Verhältnis zu den Vorjahren, Flüchtlinge insbesondere aus Syrien auf.

1. Wenn die Landeshauptstadt Magdeburg ebenfalls betroffen ist und verstärkt Flüchtlinge aufzunehmen hat, sind die vorhandenen UnterkunftsKapazitäten ausreichend, um diese menschenwürdig unterzubringen?

Die Landeshauptstadt Magdeburg ist tatsächlich von einer verstärkten Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Flüchtlingen betroffen. Mit den vorhandenen Kapazitäten an Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen bzw. bereits in Vorbereitung befindlichen Wohnungen sind ab Mitte 2014 die Ankommenden nicht mehr unterzubringen.

2. Ist die erforderliche Betreuung mit dem vorhandenen Personal leistbar?

Die Verwaltung arbeitet Lösungsvorschläge aus, die auch das Personal berücksichtigen. Es werden entsprechende Vorschläge erarbeitet.

3. Sollte die UnterkunftsKapazität und das vorhandene Personal nicht ausreichend zur Verfügung stehen, welche Maßnahmen hat die Landeshauptstadt Magdeburg eingeleitet?

Die Verwaltung arbeitet:

- verstärkt an der vertraglichen Bindung von Wohnungen entsprechend des Konzeptes, das der Stadtrat am 04.04.2013 beschlossen hat und
- an der Einrichtung einer weiteren Gemeinschaftsunterkunft für ca. 150 Bewohnerinnen und Bewohner und
- klärt mit dem Land die Übernahme der Unterbringungskosten durch das Ministerium des Inneren Sachsen-Anhalt.

Brüning